

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Dennis Gladiator, Stephan Gamm, Silke Seif,
Dennis Thering, Dr. Anke Frieling, Prof. Dr. Götz Wiese (CDU) und Fraktion**

Betr.: Hamburgs Schulen im Kampf gegen Antisemitismus unterstützen!

Vor dem Hintergrund des terroristischen Angriffs der Hamas auf Israel wird der Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft und auch an den Schulen bedauerlicherweise tagtäglich sichtbar. Auch an Hamburgs Schulen ist es in der Vergangenheit zu Solidaritätsbekundungen mit der Hamas oder anderen palästinensischen Terroristen gekommen, wie aus einer Schriftlichen Kleinen Anfrage der CDU-Fraktion (Drs. 22/13547) hervorgeht. Die Lage an Hamburgs Schulen ist ernst. So ist es zu vier Bombendrohungen im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt gekommen. In einem Fall entzündete eine Schülerin ein mit einer israelischen Flagge bemaltes Papier. In einem weiteren Fall handelte es sich um politisch motivierte Graffiti. Trotz der angespannten Lage tut der rot-grüne Senat aus Sicht der CDU-Fraktion zu wenig, um Schülerinnen und Schüler vor radikal-islamischer Propaganda zu schützen und sich gezielt an Hamburgs Schulen damit auseinanderzusetzen. Es existiert lediglich ein Sammelsurium an Maßnahmen, jedoch keine gebündelte Handreichung. Die Berliner CDU-Bildungssenatorin hat ein Schreiben an alle Schulen verschickt, welches zum Beispiel konkrete Vorschläge zur Gestaltung und Auseinandersetzung im Unterricht enthält, inklusive der Skizze einer Unterrichtsplanung. Die CDU-Fraktion fordert den rot-grünen Senat daher auf, die bisherigen Angebote auszuweiten, zentral zusammenzufassen und verfügbar zu machen. Hamburgs Schülerinnen und Schüler müssen vor terroristischer Propaganda geschützt und der Schulfrieden sichergestellt werden.

Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung Felix Klein forderte zudem kürzlich: „Wir müssen die Lehrerinnen und Lehrer bewusster machen im Kampf gegen Antisemitismus“. Das Thema müsse in der Ausbildung systematisch behandelt werden (<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/nahostkonflikt-schulen-100.html>). Auf die Frage, wie der rot-grüne Senat diese Forderung berücksichtigen will, nennt er lediglich die vorhandenen Angebote (vergleiche Drs. 22/13547). Hier erwarten wir als CDU-Fraktion mehr vom Senat: Eine klare Haltung und Bereitschaft den Kampf gegen Antisemitismus stärker in die Lehreraus- und -fortbildung zu integrieren. Hamburgs Lehrkräfte müssen besser in dieser angespannten Lage unterstützt werden.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die bisherigen Angebote zum Umgang mit dem Nahostkonflikt und zum Kampf gegen radikal-islamische Propaganda an Schulen auszuweiten, zentral zusammenzufassen und verfügbar zu machen;
2. den Kampf gegen Antisemitismus und radikal-islamische Propaganda stärker in die Lehreraus- und -fortbildung zu integrieren;
3. bei all diesen Bestrebungen den Hamburger Antisemitismusbeauftragten einzubeziehen;
4. der Bürgerschaft bis zum 31. März 2024 zu berichten.